

Staaten und Körper in der Pandemie: Rezension zu "Die Ordnung der Berührung. Staat, Gewalt und Kritik in Zeiten der Coronakrise" von Gesa Lindemann

Raimondi, Francesca

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Raimondi, F. (2021). Staaten und Körper in der Pandemie: Rezension zu "Die Ordnung der Berührung. Staat, Gewalt und Kritik in Zeiten der Coronakrise" von Gesa Lindemann. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80754-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Francesca Raimondi | Rezension | 24.03.2021

Staaten und Körper in der Pandemie

Rezension zu „Die Ordnung der Berührung. Staat, Gewalt und Kritik in Zeiten der Coronakrise“ von Gesa Lindemann



Gesa Lindemann

**Die Ordnung der Berührung . Staat, Gewalt
und Kritik in Zeiten der Coronakrise**

Deutschland

Weilerswist 2020: Velbrück Wissenschaft

S. 132, EUR 16,90

ISBN 9783958322264

Krisen bedeuten nicht automatisch das Versagen der bis dato ‚normalen‘ gesellschaftlichen Abläufe. Dass sie mit dem Funktionieren von Gesellschaften auf komplexere Weise zusammenhängen, ist eine Einsicht, die sich bei Betrachtung der zahlreichen Krisen seit den 1980er-Jahren aufdrängt. Denn erst in Krisenzeiten, so Giorgio Agamben, zeigen sich die (verborgenen) Strukturen von Gesellschaften. Krisen können aber auch, das ist etwa Michel Foucaults Auffassung, ein Laboratorium für neue Regierungstechniken sein, die anschließend auch in ‚Normalzeiten‘ zum Einsatz kommen. Schließlich gibt es jene, wie beispielsweise Jürgen Habermas, für die in Krisen immer auch die Möglichkeit zu gesellschaftlicher Erneuerung steckt.

Das neue Buch von Gesa Lindemann – *Die Ordnung der Berührung. Staat, Gewalt und Kritik in Zeiten der Coronakrise* – nimmt vor allem die erste Perspektive ein, obgleich die Autorin auch die anderen Auffassungen in ihre Untersuchung der gegenwärtigen Lage miteinbezieht. Die Grundthese des Buches ist, dass die COVID-19-Pandemie die „Strukturen der modernen Gesellschaft“ (S. 11) – im Auge hat sie dabei aber vor allem Deutschland und Nordamerika – nicht wesentlich verändern werde, sondern vielmehr zeige, wie „stabil“

(ebd.) und sogar „außerordentlich gut funktionierend“ (S. 90) diese seien. Damit vertritt Lindemann eine in der bisherigen Corona-Literatur eher unübliche Ansicht, mit der sie im Wesentlichen die Legitimität und Funktionalität des modernen rechtstaatlichen Gewaltmonopols unter Bedingungen der Pandemie nachweisen möchte.

In vier Kapiteln erörtert das Buch unterschiedliche Aspekte des modernen Staates und zeigt, wie dieser durch COVID-19 zwar herausgefordert, aber nicht wesentlich angegriffen ist: das „moderne“ Weltverständnis, das Konflikte durch eine übergreifende rechtstaatliche Instanz löst; das Verhältnis von Staat und Individuen; die funktionale Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Subsysteme (insbesondere von Wirtschaft und Wissenschaft) unter dem staatlichen Gewaltmonopol; und schließlich die kritische Staatsbürger*innenschaft.

Den Blick auf die Strukturen flankiert die titelgebende Untersuchung einer „Ordnung der Berührung“. Es handelt sich hierbei um das interessanteste Konzept des Buches, dessen Aufschlusskraft unmittelbar einleuchtet – gerade unter Bedingungen der Pandemie, aber auch darüber hinaus. Gemeint sind damit Festlegungen, wer wen und in welcher Weise berühren kann. Sie gelten in Gesellschaften meist implizit, durch die staatlich verordneten Distanzregeln wird ihr soziopolitischer Charakter derzeit jedoch augenscheinlich. Mit „Berührungsordnungen“ meint Lindemann aber nicht nur den unmittelbaren körperlichen Kontakt, sondern auch unterschiedliche Ausprägungen ethischer oder moralischer Sensibilität, also die Betroffenheit bezüglich der Handlungen und dem Leiden anderer, ebenso wie unterschiedliche Aufmerksamkeits- und Sorgestrukturen.

Die vier Gesichtspunkte, die Lindemann in den vier Kapiteln unter Berücksichtigung der „Berührungsordnungen“ und ihrer Veränderungen untersucht, sind durchaus aufschlussreich, um den Prägungen der gegenwärtigen Situation auf die Spur zu kommen. Lindemann diskutiert davon ausgehend eine ganze Reihe von einschlägigen Phänomenen, wie die Verbreitung von Verschwörungstheorien, die Rolle der Medizin in der staatlichen Verwaltung, das Verhältnis von Staat und Familie, die Aufmerksamkeits- und Sorgestrukturen von Wirtschaft und Wissenschaft und schließlich die Auswirkung der Pandemie auf soziale Bewegungen.

Das Buch richtet sich an eine breitere Öffentlichkeit und verzichtet auf die akademisch üblichen Fußnoten, um stattdessen nur auf Quellen zu verweisen, die im Internet abrufbar sind (am häufigsten sind Verweise auf den *Spiegel* und Wikipedia, dann kommen deutsche und US-amerikanische Pressequellen, wie zum Beispiel die Tageschau, ZDF, heise online, *Merkur*, *Zeit*, Finanzreport oder *CNN* und *New York Times*, schließlich aktivistische

Websites wie Black-lives-matter.com und religiöse Quellen wie Domradio oder Qantara). Erst in den Endnoten finden sich Hinweise auf Fachliteratur, die aber nicht dazu dienen, Hintergrund und Ansatz der Autorin offenzulegen, sondern nur weiterführende Lektüreempfehlungen zu spezifischen Themen enthalten.

Lindemanns Überlegungen nehmen ihren Ausgang also von der Berichterstattung zu Corona und den Maßnahmen in der Pandemie (beziehungsweise einem bestimmten Segment davon), ihre Argumentation baut sie dann vorwiegend auf historische und soziologische Ausführungen zur Entstehung und Struktur moderner Staaten auf. Das Buch will weder eine Analyse der Pandemie noch der verschiedenen Corona-Diskurse sein; es fragt auch nicht nach möglichen Gründen und Ursachen für die aktuelle Lage oder stellt eine konkrete funktionale Betrachtung der gegenwärtigen Strukturen an. Die staatlichen Strukturen, deren Stabilität und Legitimität die Autorin nachweisen möchte, sind die der modernen (liberalen) Staatslehre. Sie werden als solche vorausgesetzt und allenfalls durch Gedankenexperimenten plausibilisiert oder historisch hergeleitet.

Zeigt aber die Corona-Pandemie neben der Persistenz staatlicher Strukturen nicht auch etwas anderes, nämlich dass gerade diese beziehungsweise die Funktionsweise der (neo-)liberalen Staaten, die Lindemann vor Augen hat, für viele gravierende Effekte der Pandemie mitverantwortlich sind? Immer wieder führt die Autorin Beobachtungen an, die eine solche Diagnose nahelegen, macht dann allerdings vor einer eingehenden kritischen Analyse Halt. So führt sie im zweiten Kapitel aus, dass der moderne Staat die eigenen Bürger*innen individualisiert und medikalisiert, während er Staatenlose und Geflüchtete dem Tod überlässt. Und selbst innerhalb des Staates sind sozial schwächere oder rassifizierte Gruppen der Gefahr des Virus deutlich stärker ausgesetzt. Diese Beobachtung ist für Lindemann jedoch kein Anlass, die Neutralität des Staates, die sie im ersten Kapitel postuliert, zu hinterfragen und die faktischen Effekte von Grundrechtsgarantien, auf die sie im zweiten Kapitel Bezug nimmt, näher zu untersuchen. Damit erweisen sich die strukturellen Bestimmungen des modernen Staates, die Lindemann als gültig voraussetzt, angesichts der gegenwärtigen Situation als abstrakt und idealisiert (wenn nicht gar als ideologisch).

Trotz der Bemühung um allgemeine Verständlichkeit bleiben die Schlussfolgerungen und die Positionierung der Autorin mitunter unklar. Das liegt auch daran, dass sie an einigen Stellen distanziert beobachtet und vermeintlich neutral argumentiert, wie etwa im vierten Kapitel, in dem es um kritischen Aktivismus und insbesondere um *Black Lives Matter* unter Corona-Bedingungen geht. Weder identifiziert Lindemann den Tod von George Floyd als

Akt rassistischer Gewalt (stattdessen zitiert sie nur ausführlich den Tathergang aus Wikipedia) noch spricht sie von strukturellem Rassismus in modernen Staaten, sondern überlässt die kritische Deutung der Geschehnisse den Aktivist*innen. Auch die Feststellung, dass die Arbeiter*innen des Fleischfabrikanten Tönnies in keiner Gewerkschaft oder politischen Gruppe organisiert seien, die die strukturelle Gewalt der kapitalistischen Arbeitsverhältnisse benennt, provoziert die Theoretikerin nicht zu solidarischer Kritik, sondern nur zu der resigniert-lakonischen Aussage, dass „es in Deutschland bei sozialer Ungleichheit bleibt“ (S. 112).

Dass es eine solche neutral und distanziert beobachtende Soziologie nicht gibt, zeigt sich auch an Lindemanns Buch, das durchaus politische Einsätze enthält, auch wenn es sie als Strukturbeschreibungen ausgibt. Die Ägide der Staatsgewalt identifiziert Lindemann im dritten Kapitel als ein zentrales Merkmal moderner Gesellschaften, weshalb sie von horizontaler statt funktionaler Differenzierung spricht, wenn sie die Ausbildung der relativ autonomen und gleichwertigen gesellschaftlichen Subsystemen wie Wirtschaft oder Wissenschaft beschreibt, die sich in einem steten Checks-and-Balances-Mechanismus mit ebenjener übergeordneten und regulierenden Staatsgewalt befinden sollen. Damit übergeht die Autorin, dass spätestens mit den 1980er-Jahren eine „funktionale Entdifferenzierung“ offenkundig wurde,¹ im Zuge derer die Ökonomie weite Teile des öffentlichen Sektors wie auch des gesellschaftlichen Lebens ihrer eigenen Logik und Funktionsweise unterordnete. Sie verteidigt sogar den Kapitalismus aufgrund seiner angeblichen Innovationsfähigkeit, weil sie die immanent destruktive Logik einer solchen Wirtschaft, die sie durchaus anerkennt, durch die regulierende Funktion des Staates eingehegt sieht. Zwar beobachten wir in Zeiten von Corona die staatlich verordnete Stillstellung (mancher) wirtschaftlicher Aktivitäten. Was die Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung aber vor allem zeigen, sind die (verborgenen) kapitalgesteuerten Strukturen unserer Gesellschaften. Erst die Übermacht finanzkapitalistischer Diktate hat (mit dem Segen der Politik) zur Zerstörung von Wildnis, zur Verarmung weiter Teile der Bevölkerungen, zum Abbau der medizinischen Versorgung und zur Unterbezahlung der ‚systemrelevanten Berufe‘ geführt, die die desaströse ungleiche Verbreitung des Virus befördern und die unzureichende Hilfe bewirken. Angesichts der Krise sind die Staaten offensichtlich nicht bereit, diesen Kurs zu ändern. Während die großen Technologiekonzerne Rekordgewinne melden und der wirtschaftliche Sektor inklusive der Finanzmärkte milliardenschwer subventioniert wird, bekommen etwa Pflegeberufe nur einmalige Boni.

Zudem etabliert Lindemann einen eigentümlichen Dualismus in ihrer Argumentation.

Ohne dafür wirklich zu argumentieren, trennt sie die Ebene der Strukturen von jener der Berührungen, indem sie davon ausgeht, dass einschneidende Veränderungen der Distanzregeln, selbst wenn sie auf Dauer gestellt sind, keine Auswirkung auf die Strukturen haben werden. Dabei, so möchte ich argumentieren, ist das Verhältnis und die Verschränkung beider Ebenen viel enger. Schließlich kommen in den Ordnungen der Berührung strukturelle Aspekte zum Vorschein, etwa wenn für die (europäischen) Staaten bestimmte Leben zählen und andere nicht – eine für Geflüchtete tödliche nationalstaatliche Ideologie. Umgekehrt können ‚Berührungsforderungen‘ wie die der *Black-lives-matter*-Bewegung staatliche Strukturen verändern, indem sie den Abbau von Staatsrassismen vorantreiben. Zugleich ist auch davon auszugehen, dass eine durch Infektionsgefahr auf Dauer gestellte Distanzordnung ebenfalls Strukturveränderungen mit sich bringen würde. So geht Foucault auch davon aus, dass in Krisenzeiten neue Regierungstechniken und damit auch neue Machtverteilungen entstehen. Der Ausbau von digitalen Formaten und Technologien in der Corona-Pandemie könnte dauerhafte ‚Fern-Strukturen‘ etablieren, etwa im Unterricht oder für Entscheidungsgremien, die sich als neue Kontroll- und Herrschaftsinstrumente erweisen.

Zu Recht bemerkt Gesa Lindemann, dass die Distanzordnung die kritischen Proteste und die Solidarisierung nicht stillstellt, sondern auch vorantreibt. An einer weniger gewaltsamen Berührungsordnung auch mit den Mitteln der Theorie mitzuwirken, scheint mir für eine Soziologie außerhalb der Fachdiskurse und während der Krise besonders wichtig, um nicht reibungslos in die (ökonomisierte) ‚Normalität‘ zurück zu kehren und für neu entstehende Herrschaftsformen zu sensibilisieren. Engagiertes soziologisches Wissen sollte nicht nur zur Affirmation von Strukturen, sondern auch zur verstärkten Sichtbarmachung und Benennung von struktureller Gewalt beitragen, wie wir sie in der aktuellen Krise beobachten können: Staatsrassismus, Produktion von Armut und ungleicher Schutz des Lebens, gewaltsame Folgen von Privatisierung und Ökonomisierung etc.²

Was uns die Corona-Krise außerdem besonders deutlich zeigt, ist die Verschränkung der gesellschaftlichen Strukturen mit der natürlichen Umwelt. So verstanden ruft uns die Pandemie dazu auf, auch ökologische und nicht nur die moralischen ‚Berührungen‘ einzubeziehen, auf die sich Lindemann bezieht. Die Corona-Krise verlangt mithin, dass wir auch ‚moderne‘ Kategorien und ‚Berührungsordnungen‘, wie die Trennung von Natur und Kultur, überdenken und dies zusammenführen mit einer kritischen Theorie der Funktionsweise unserer Gesellschaften, die deren emanzipatorische Kräfte dabei unterstützt, gewaltsame Berührungsordnungen und Strukturen zu erkennen und zu

überwinden.

Endnoten

1. Joseph Vogl, Der Souveränitätseffekt, Berlin/Zürich 2015, S. 11.
2. Für eine solche kritische Analyse vgl. die verschiedenen Videovorträge des vom Frankfurter Arbeitskreis für Politische Theorie und Philosophie organisierten Online-Event und Fundraiser „[Kritische Theorien in der Pandemie. Ein Glossar zur Corona-Krise](#)“ [27.1.2021].

Francesca Raimondi

Francesca Raimondi ist Vertretungsprofessorin für Praktische Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und Juniorprofessorin für Philosophie an der Kunstakademie Düsseldorf. Sie forscht an der Schnittstelle von Ästhetik, politischer Theorie und Philosophie, mit einem besonderen Interesse für zeitgenössische Formen der Subjektivierung und Verkörperung.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Wibke Liebhart.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/staaten-und-koerper-in-der-pandemie.html>